

# Selbstverständnis der Grünen Jugend Kreis Konstanz

Wir als Grüne Jugend Kreis Konstanz verstehen uns als **ökologisch-sozialer, queer-feministischer, proeuropäischer, antifaschistischer, antirassistischer, und global denkender** Jugendverband.

In diesem Selbstverständnis präsentieren wir unsere politischen Ideen und Forderungen, von der kommunalen bis zur europäischen Ebene, unterteilt nach Themengebieten.

*Die hier gewählte Präsentationsform, insbesondere die Reihenfolge, soll keine Priorisierung darstellen.*

## 1. Klima- und Umweltschutz

Klima- und Umweltschutz ist das zentrale Ziel unserer Zeit und muss in **allen Politikfeldern** bedacht werden. Auf Bundes- und Landesebene, als auch auf kommunaler Ebene sind Maßnahmen zu ergreifen, durch die wir eine lebenswerte Umwelt nicht nur für den Menschen, sondern auch für unsere Mitlebewesen schaffen und erhalten.

Maßgeblich dafür ist die Einhaltung des **Pariser Klimaschutzabkommens** zur Begrenzung der globalen Erwärmung auf möglichst 1,5 Grad. Um eine damit in Einklang stehende, frühzeitige Klimaneutralität zu erreichen, braucht es eine schnelle und umfassende **Energiewende** mit Sektorenkopplung zwischen allen relevanten Bereichen (Strom, Wärme, Verkehr, Industrie und Landwirtschaft). Gas- und Atomenergie sind für uns keine nachhaltigen Alternativen. Konstanz muss bis 2030 klimapositiv sein.

**Klimaschutz kennt keine Grenzen:** Wir sollten als positives internationales Beispiel vorangehen. Deutschland gehört zu den größten Treibhausgasemittenten weltweit. Damit ist es in historischer und klimapolitischer Verantwortung internationale Unterstützung zu leisten, um einen sozial gerechten Übergang zur **Klimaneutralität** zu erreichen. Besonders unterstützt werden sollen Länder, die am stärksten von den Folgen der Klimakrise betroffen sind, aber am wenigsten dazu beitragen.

Bezüglich unserer Ernährungsweisen sind zuallererst die Überproduktion und Verschwendung von Lebensmitteln zu stoppen. Die aktuelle industrielle Tierhaltung entspricht nicht unserem Verständnis von Tierwohl. Wir fordern **bessere Haltungsbedingungen** und eine effektivere Kontrolle staatlicher Vorgaben, sowie ein einheitliches und verbindliches Tierwohl-Label. Weitere wichtige Maßnahmen im Zuge der Agrarwende sind Humusaufbau, konsequenter Insektenschutz, die Vermeidung von Überdüngung und allgemein eine **stärkere Förderung von Landwirtschaft nach Klima- und Naturschutzleistungen**.

Ziel unserer grünen Umweltpolitik ist es außerdem, der immer weiter anwachsenden Versiegelung von Grünflächen entgegenzuwirken. Stattdessen sollte der Trend zur **Renaturierung** gehen, um Arten- und Umweltschutz auch auf lokaler Ebene zu stärken.

Der **Naturraum Bodensee** mit seiner einzigartigen Ökologie bedarf eines besonderen Schutzes von Flora und Fauna. Naturschutzgebiete, wie das Wollmatinger Ried, müssen unter allen Umständen erhalten und geschützt werden.

Weitere wichtige Themenfelder für uns sind die Ökologisierung der Landwirtschaft, Verkehrswende, intakte Waldökosysteme, nachhaltige Stadtplanung, Biodiversität und eine ressourceneffiziente Kreislaufwirtschaft.

## 2. Verkehrswende und Stadtnutzung

Auch der Verkehrssektor muss zum Klimaschutz beitragen. Deshalb fordern wir das Auto als Standardverkehrsmittel abzulösen und stattdessen einen für alle attraktiven und erschwinglichen, **klimaneutralen öffentlichen Nah- und Fernverkehr** zu schaffen.

Dafür müssen insbesondere im ländlichen Raum Alternativen geschaffen und umweltfreundliche Mobilität für alle ermöglicht werden. Dort, wo motorisierter Individualverkehr weiter unausweichlich ist, braucht es für diesen CO2-neutrale Antriebstechnologien und Sharing- Modelle, die an den ÖPNV angebunden sind.

Auch der **Güterverkehr** muss deutlich mehr auf die Schiene verlagert werden. Dort, wo das noch nicht möglich oder effizient ist, sollten klimaneutrale Antriebe für die Schifffahrt und LKW genutzt werden.

**Fahrradfahrer\*innen, Fußgänger\*innen, sowie die Barrierefreiheit** sollten im Stadtverkehr die erste Priorität haben. Dafür muss die Infrastruktur erweitert und die städtischen Flächen neu eingeteilt werden. So erobern wir Raum in den Städten zurück und schaffen dadurch zusätzlich Platz für Begegnungen, Kultur, Grünanlagen und Naherholung: kurzum, mehr Lebensqualität für alle.

### 3. Wirtschaft

Unsere Wirtschaft und unsere Art des Wirtschaftens sind die Grundlage über den Umgang mit Mensch und Umwelt. Ziel unseres wirtschaftlichen Handelns muss daher das Gemeinwohl, die Menschenwürde und der Erhalt einer intakten Umwelt sein. Wir müssen verhindern, dass sich wenige Menschen auf Kosten anderer bereichern können. Stattdessen brauchen wir ein **fares und gerechtes Wirtschaftssystem**. Dafür muss die Politik soziale und ökologische Leitplanken vorgeben.

Dadurch wollen wir die sozioökonomische Ungleichheit verringern, Chancengerechtigkeit ermöglichen, und die negativen Auswirkungen des Klimawandels auf den Menschen und die Natur einschränken. Daher setzen wir uns für eine soziale und ökologische Marktwirtschaft und ein Wirtschaften unter **Einhaltung der planetaren Ressourcen** ein.

Dabei funktioniert die Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen an einigen Stellen durchaus über den Markt, für **öffentliche Güter** ist der Staat dafür jedoch besser geeignet.

Mit unserer Wirtschaftspolitik sollten wir insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, Sozialunternehmen, Gründer\*innen und Handwerker\*innen fördern.

**Vielfalt** muss sich auch in unseren Unternehmen widerspiegeln. Wir lehnen jegliche Diskriminierung am Arbeitsplatz ab. Insbesondere bei Führungspositionen sollte endlich Geschlechtergerechtigkeit geschaffen werden. Unternehmen müssen ihre gesellschaftliche Verantwortung erfüllen, dazu zählen angemessene **Arbeitsstandards, lebenswerten Löhnen und verbindliche Umweltstandards**. All dies muss auch für die gesamten Lieferketten gelten.

Externe Folgen für die Umwelt brauchen einen Preis, der die Kosten von Umweltschäden (z.B. durch CO<sub>2</sub>) transparent widerspiegelt und ausgleicht. Durch steuerliche und finanzielle Anreize soll **klimafreundliches Wirtschaften** gefördert werden. Umweltschädliche Subventionen müssen sofort gestoppt werden.

### 4. Haushalt und Finanzen

Große zukünftige Herausforderungen fordern auch einen **zukunftsstauglichen Haushalt**. Um unsere Wirtschaft darauf vorzubereiten, fordern wir **gezielte und effektive Investitionen** unter anderem in Klima- und Umweltschutz, Bildung, Mobilität, Digitalisierung und nachhaltige Energiegewinnung.

Investitionsverfahren müssen beschleunigt werden, beispielsweise durch eine Digitalisierung der Behörden, einheitliche Standards und einen gezielten Abbau von

Bürokratie. Dem Investitionsstau der letzten Jahre muss begegnet werden, indem die bisherige Schuldenbremse reformiert und um eine **Investitionsregel** erweitert wird.

Kein Unternehmen sollte sich der staatlichen Kontrolle und einer **fairen Besteuerung** entziehen können, Steuerlöcher müssen konsequent gestopft werden. Wir fordern ein gerechtes Steuersystem, das Einkünfte und Vermögen gerecht verteilt. Das **Ehegattensplitting** soll abgeschafft werden und durch eine geschlechtergerechte und familienfördernde Alternative ersetzt werden.

Werden Steuergelder ausgegeben, muss mit diesen stets sorgsam umgegangen werden.

## 5. Sozialpolitik

Wir müssen in Deutschland endlich **soziale Gerechtigkeit** schaffen. Alle sollen die Möglichkeit haben ein gutes Leben ohne Angst vor Armut zu führen.

Dafür braucht es **echte Chancengerechtigkeit für alle**, nicht nur in der Bildung, sondern auch auf dem Arbeitsmarkt. Alle Menschen, egal welchen Geschlechts, ob Migrant\*innen oder Langzeitarbeitslose, jede\*r soll die Möglichkeit haben, einen fairen Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen.

**Wohnen** muss für alle bezahlbar sein. Wir müssen erschwinglichen Wohnraum schaffen, der sich zusätzlich am Gemeinwohl orientiert. Unser Staat muss auch insbesondere in **Sozialwohnungen** auf eigener Fläche investieren. Leerstände müssen verhindert werden, Ortskerne wieder attraktiv werden. Wir fordern das Ende jeglicher Spekulation auf dem Wohnungsmarkt.

Unser jetziges Hartz-IV-System muss überwunden werden und durch ein **wirklich soziales Sicherungssystem** ersetzt werden. Die jetzigen Regelsätze müssen so angepasst werden, dass ein würdevolles Leben und eine soziale Teilhabe ermöglicht werden. Soziale Sicherung muss sich stets **für die Menschen** einsetzen und nicht gegen sie. Deshalb fordern wir auch die bisherigen Sanktionen abgeschafft werden. Stattdessen müssen die Jobcenter die Menschen fördern, beispielsweise durch eine Unterstützung bei der beruflichen Aus- und Weiterbildung.

Auch **Rentner\*innen** dürfen nicht durch das soziale Raster fallen. Wir müssen **Altersarmut bekämpfen**. Dafür müssen insbesondere sehr niedrige Renten erhöht werden.

Unsere Sozialpolitik muss **Kinderarmut verhindern** und Familien angemessen unterstützen. Dazu gehört neben einer ausreichenden finanziellen Unterstützung auch ein Recht auf eine **gute und verlässliche Kinderbetreuung**. Wir dürfen dabei auch

alternative Modelle des Zusammenlebens nicht vergessen, diese müssen in ihren Privilegien dem jetzigen Ehebegriff gleichgestellt werden.

## 6. Bildungspolitik und Inklusion

Bildung muss für alle da sein und darf deshalb nichts kosten. Wir sind für **Bildungsgerechtigkeit von klein auf**. Frühkindliche Bildung ist ein entscheidender Faktor, um der Chancengleichheit in der Gesellschaft ein Stück näher zu kommen.

Dazu gehört auch die Förderung von **Gemeinschaftsschulen und der Ganztagsbetreuung**. Bildungschancen dürfen nicht von der sozioökonomischen Situation der Eltern abhängen. Insbesondere nicht Muttersprachler\*innen sollten im Bildungssystem bedacht und mit der richtigen Förderung unterstützt werden.

**Demokratiebildung**, welche auch in Form von Mitbestimmung im schulischen Alltag gelebt werden soll, muss Teil des Lehrplans sein. Zu den aktuellen Herausforderungen der Bildungspolitik gehören die **Digitalisierung** und der **Lehrkräftemangel**. Diese müssen schnellstmöglich angepackt werden.

**Digitale Kompetenzen** sind eine Schlüsselqualifikation in der heutigen Zeit und sollten deswegen auch einen entsprechenden Platz im Lehrplan einnehmen. Auch der kompetente Umgang mit **sozialen Medien** muss in der Schule vermittelt werden, um Probleme wie Cybermobbing, Fake News oder auch verzerrte Wahrnehmungen des eigenen Körpers zu verhindern. Pädagogische Elemente sollten mehr Platz im Lehramtsstudium einnehmen, damit die Lehrkräfte Schüler\*innen in diesem grundlegenden Lebensabschnitt angemessen begleiten und die Persönlichkeitsentwicklung fördern können.

Die Schule muss für alle ein angstfreier und sicherer Ort sein. Denn nur, wer sich wohl und respektiert fühlt, kann erfolgreich lernen. Daher setzen wir uns für die Stärkung einer **demokratischen und diskriminierungsfreien Schulstruktur** ein.

Auch der **Sportunterricht** darf nicht länger ein Ort der Angst sein. Vielmehr sollte er eine Abwechslung zum restlichen Schulalltag darstellen und Schüler\*innen vor allem dazu motivieren, sich zu bewegen und einen Ausgleich für das zu lange Sitzen zu schaffen. Einheitliche Leistungstabellen, die stur angewandt werden, lehnen wir ab. Diese wirken unmotivierend zeigen nicht, wie sehr sich bemüht wird oder wie stark sich jemand verbessert hat. Stattdessen fordern wir eine individuelle Bewertung der Leistung. Weitere **Maßnahmen zur Gesundheitsförderung** wie Rückentraining sollten ebenfalls vermehrt Platz finden.

**Der Meister ist genauso wichtig wie der Master**, deshalb müssen Ausbildungen und Hochschulstudium gleichwertig gefördert werden, damit sie für Schul-

abgänger\*innen auch gleich attraktiv sind. Alle Bildungswege sollen innerhalb der Gesellschaft als gleichwertig angesehen werden: Berufsausbildung sowie die akademische Ausbildung sollen genauso wertgeschätzt werden.

Das Handlungsfeld Bildung sehen wir in einer Schlüsselrolle, um sich den aktuellen globalen Herausforderungen stellen zu können und die Zukunft nachhaltig gestalten zu können. Ziel sollte das Schaffen von Bildungsstrukturen sein, welche die Menschen zu **kritischem und bewusstem Denken und Handeln** befähigen.

Unserem Verständnis nach hört Lernen nicht mit dem Schulabschluss auf. Daher setzen wir uns für eine **lebenslange Weiterbildung** ein. Dazu gehört eine Förderung von außerschulischen Bildungseinrichtungen und Kulturstätten wie Volkshochschulen, Museen und vielen weiteren Einrichtungen. Zugang zu diesen sollen alle Menschen haben, unabhängig von ihrem sozialen oder finanziellen Status.

Menschen mit und ohne Behinderung sollen gemeinsam leben, lernen, arbeiten und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Barrieren, sowohl physische als auch gesellschaftliche, müssen in allen Lebensbereichen abgebaut werden, um eine **inklusive Gesellschaft** zu realisieren.

## 7. Gesundheit

Gesundheit ist ein Grundrecht für uns alle und darf daher nicht vom eigenen Vermögen abhängen. Wir fordern die **Abschaffung der "zwei-Klassen-Medizin"** und ein Gesundheitssystem, das niemanden benachteiligt. Dazu gehört neben der Förderung von medizinischen Hilfsmitteln, wie beispielsweise Brillen oder Zahnspangen auch der vereinfachte und gerechtere Zugang zu Fachärzt\*innen wie Frauenärzt\*innen oder Hautärzt\*innen.

Wir sind der Meinung, dass Gesundheitsversorgung in der staatlichen Hand liegen sollte, um eine medizinische Versorgung mit angemessener Qualität zu gewährleisten. Wir stehen deshalb der **Privatisierung von Kliniken kritisch gegenüber**. Der Mensch, nicht das Geld sollte bei der Krankenversorgung im Mittelpunkt stehen. Deshalb lehnen wir auch den Proftizwang ab, dem viele Krankenhäuser unterliegen, da dieser besonders in Krisensituationen eine gute Versorgung fast unmöglich macht.

Allgemein gilt: Gute Gesundheitspolitik sollte nicht nur Krankheiten behandeln, sondern diese auch so gut es geht frühzeitig verhindern. Wir setzen uns für **verstärkte Prävention** von Krankheiten aller Art ein. Dies beginnt schon in der Schule mit Bewegungsangeboten und einem ausgewogenen Speiseplan. Eine vermehrte **Aufklärung über Gesundheit und Hygiene** sollte in Kindergärten und Schulen aber auch in anderen Institutionen und über bundesweite Kampagnen stattfinden.

Gesundheitspolitik betrifft auch die **psychische Gesundheit**. Ein gutes Gesundheitssystem muss deshalb eine faire und funktionierende Therapie für alle bereitstellen können, die sie benötigen. Psychische Krankheiten, wie Depressionen, müssen in der Gesellschaft die gleiche Relevanz wie physische Krankheiten erfahren. Hierfür benötigt es weiteren und frühzeitigen Aufschluss und Gegenmaßnahmen, um entstehende psychische Krankheiten gar nicht erst zum Problem werden zu lassen. Wir fordern die **Entstigmatisierung von Psychotherapie** und die Bereitstellung von **mehr Therapieplätzen**, um den Bedarf zu decken und unnötig lange Wartezeiten oder andere Barrieren für eine Behandlung zu vermeiden.

Wir setzen uns außerdem für eine **Aufwertung von Gesundheitsberufen** in der Gesellschaft ein, um die Wichtigkeit dieses Bereiches zu verdeutlichen. Dazu gehört vor allem eine bessere Bezahlung und verbesserte Arbeitszeiten der in CARE-Berufen tätigen Beschäftigten und Auszubildenden. Zudem sollte die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Bereichen im Rahmen einer **interprofessionellen Versorgung** verbessert werden. Die Arbeit von Hebammen sollte rechtlich und finanziell stärker unterstützt werden.

Nicht-evidenzbasierte Therapie-Varianten, wie die **Homöopathie**, sollten keine weitere Unterstützung und Erstattung von der Krankenkasse bekommen. Behauptungen zur Wirksamkeit müssen wissenschaftlichen Standards entsprechen und überprüft werden können. Maßnahmen zum Gesundheitsschutz sollten den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen folgen.

## 8. Queer-Feminismus

Wir leben in einer Gesellschaft, in der das biologische Geschlecht maßgeblich über den individuellen Lebensweg entscheidet. Menschen nach ihrem Geschlecht zu kategorisieren ist überholt und gehört daher abgeschafft. Es ist zwingend notwendig diese **patriarchalen Strukturen** zu **überwinden**. Das langfristige Ziel muss sein, das Geschlecht aus dem Gesetz zu entfernen, um eine echte Gleichheit aller Menschen zu erwirken – unabhängig von ihrem biologischen oder sozialen Geschlecht.

FINT\*- Personen (Frauen, Inter-, Trans- und nonbinäre Personen) leiden besonders unter **struktureller Diskriminierung**. Um ihre freie Entfaltung in Politik und Wirtschaft zu ermöglichen, fordern wir **gleiche Bezahlung** und **Frauenquoten**. Wir stellen uns **gegen jede Form von Gewalt gegen FINT\*-Personen**.

Alle Menschen sollten selbst über ihren Körper entscheiden können. Deshalb fordern wir einen gesicherten Zugang und Informationen zum Schwangerschaftsabbruch.

**Sexismus** ist in der Breite der Gesellschaft tief verankert und betrifft uns alle. Durch gezielte Maßnahmen der **Gendersensibilisierung** sollen Verhaltensweisen reflektiert

und geändert werden. Als Profiteure des patriarchalischen Systems haben Cis-Männer eine besondere Verantwortung den Weg zur **Gendergerechtigkeit** aktiv zu unterstützen, denn nur gemeinsam können wir eine Gesellschaft schaffen, in der alle repräsentativ eingebunden sind und sich wohlfühlen können, egal welchem Geschlecht sie sich zugehörig fühlen. Auch **gendergerechte Sprache** und das **Gendersternchen** tragen zu dieser Transformation bei.

**Liebe ist Liebe.** Wir setzen uns für ein selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Leben **queerer Menschen** ein. Jegliche Form gesetzlicher Benachteiligung muss sofort gestoppt werden, die Rechte queerer Menschen müssen durch das Grundgesetz gedeckt werden. Unser Rechtsstaat muss sich konsequent gegen jegliche Diskriminierung und Hasskriminalität einsetzen. Auch die **gesellschaftliche Akzeptanz** queerer Menschen muss endlich geschaffen werden, dafür muss sich beispielsweise Diversität in den Lehr- und Bildungsplänen wiederfinden. Wir fordern ebenfalls die Rechte von **Regenbogenfamilien** zu stärken.

## 9. Antifaschismus und Erinnerungskultur

Die **freiheitlich demokratische Grundordnung** ist die Basis des Gemeinwesens und der politischen Struktur. Dennoch ist unsere Demokratie keine Selbstverständlichkeit. Sie muss aktiv geschützt und verteidigt werden.

Durch die Verbrechen des NS-Regimes entsteht für uns eine besondere **historische Verantwortung**. Auch wenn inzwischen viele Menschen diese Zeit nicht mehr miterlebt haben, stellt die Aufarbeitung der Zeit des Nationalsozialismus und des Holocaust für uns eine fortwährende Aufgabe dar.

Es gilt sich aktiv und entschieden **gegen Rechtsextremismus** zu stellen. Dafür braucht es eine aktive **antifaschistische Gegenkultur** und eine **verantwortungsbewusste Erinnerungskultur**. Aufklärung dazu muss auch Bestandteil des schulischen Lehrplans sein.

Die **deutsche Kolonialgeschichte** gehört ebenfalls zu unserer historischen Verantwortung und muss aufgearbeitet werden.

Wir distanzieren uns von der sogenannten Hufeisen-Theorie, dem Verständnis die politische Sphäre in Gemäßigte, Linke und Rechte einzuteilen, wobei sich Links- und Rechtsextremisten annähern. Es darf **keine Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus** geben. Denn dadurch werden die unterschiedlichen historischen Gegebenheiten und Beweggründe der Strömungen vernachlässigt, sowie Gewalt und ihre Opfer relativiert.



Allgemein lehnen wir jegliche Form von **Menschenfeindlichkeit**, jede Ideologie der Ungleichwertigkeit gesellschaftlicher Gruppen sowie Gewalt gegen Menschen aufgrund ihrer politischen Position ab. Formen des zivilen Ungehorsams, welche anderen Menschen keinen Schaden zufügen, sind unserer Ansicht nach keine Form von politischer Gewalt. Um die Entstehung von extremistischen Einstellungen zu verhindern, müssen **Bildungs-, Aufklärungs-, Präventions- und Jugendarbeit** im Fokus stehen.

## 10. Demokratie und Innenpolitik

Unser **demokratisches Fundament** muss gestärkt und die Arbeitsfähigkeit seiner Institutionen sichergestellt sein. Nur so können wir gemeinschaftlich über unsere Zukunft verhandeln und unsere Demokratie auf künftige Herausforderungen vorbereiten.

Politik muss **transparent** sein. Dafür fordern wir eine effektive gesetzliche Regelung zu Parteienfinanzierung und Lobbyarbeit. Demokratieverdrossenheit muss als Problem ernst genommen werden.

Wir müssen dafür auch **erweiterte Beteiligungsmöglichkeiten** der Bürger\*innen an den demokratischen Prozessen ermöglichen. Wir fordern zudem eine Absenkung des Wahlalters.

Unsere Sicherheitspolitik muss sich der **Wahrung unserer Grund- und Freiheitsrechte** verschreiben. Dabei muss diese stets fundiert und rational agieren. Insgesamt müssen wir besonders auf **Prävention und Deradikalisierung** setzen. Wir fordern eine Verschärfung des Waffenrechts.

Gute Sicherheitspolitik muss sich in der Polizeigesetzgebung widerspiegeln. Konkret bedeutet das eine **transparente und extern kontrollierte Polizeiarbeit**, Einstehen gegen ausufernde Kompetenzerweiterungen und die Achtung des Richter\*innenvorbehalts. Für eine gute und **bürger\*innennahe Polizeiarbeit** ist eine vielfaltsfördernde Personalauswahl, eine stabile Personaldecke und eine gute Ausbildung im Bereich **Deeskalation** sowie die **Sensibilisierung für Gewalt gegen FINT\*-Personen** die Grundlage.

Wir sind **gegen das sachgrundlose Sammeln von Daten**, etwa durch Videoüberwachung im öffentlichen Raum und deren automatische Auswertung. Außerdem fordern wir eine **stärkere wissenschaftliche Ausrichtung der Arbeit des Verfassungsschutzes** und eine grundlegende Reform hin zu mehr Transparenz.

## 11. Migration und Integration

Wir stehen für eine humane Migrationspolitik, welche die **Menschenrechte** an oberste Stelle setzt. Höchste Priorität hat daher die Reformierung des unmenschlichen Asyl- und Migrationssystems der Europäischen Union. Das **Recht auf Asyl** und die Genfer Flüchtlingskonvention sind für uns nicht verhandelbar.

Daher müssen sichere und **legale Flucht- und Einreisewege für alle Menschen** geschaffen werden und die unmenschlichen Praktiken an den EU-Außengrenzen umgehend gestoppt werden. Um das Sterben im Mittelmeer zu beenden, muss die **staatliche Seenotrettung** wieder eingeführt werden.

Die derzeitigen deutschen **Abschiebepraktiken** sind für uns inakzeptabel und müssen dringend reformiert werden. Die Kategorisierung von sicheren Herkunftsländern sehen wir kritisch und fordern, dass stärker auf den Einzelfall geachtet wird. Geflüchtete Menschen sollten frühzeitig eine Perspektive auf ihren Aufenthaltsstatus bekommen und nicht dauerhaft in Angst vor einer Abschiebung leben müssen.

**Integration** muss zum Ziel haben, das Miteinander zwischen allen in Deutschland lebenden Menschen zu ermöglichen und zu fördern. Dies muss bedeuten, dass Menschen in Deutschland teilhaben können und nicht als Bürger\*innen zweiter Klasse behandelt werden. Integration bedeutet auch, politische Maßnahmen zu ergreifen, die jeglicher Form der Diskriminierung migrantisierter Menschen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt und im Gesundheitssystem entgegenwirken.

Die **Bekämpfung von Fluchtursachen** kann nur durch das Ende ausbeuterischer Handelsbeziehungen, effektive internationale Klimapolitik, Entwicklungszusammenarbeit, eine faire Wettbewerbs- und Preispolitik auf dem Weltmarkt sowie diplomatische Deeskalation in Krisengebieten erreicht werden.

## 12. EU und Außenpolitik

Viele Probleme lassen sich nur durch **internationale Zusammenarbeit** lösen. Die Europäische Union ist für uns ein zentraler Bestandteil einer entsprechenden Strategie. Gerade im Umwelt- und Klimaschutz ist eine ambitionierte, gemeinsame Strategie essenziell für ein klimaneutrales Europa und das Erreichen des 1,5-Grad-Ziels.

**Doch die EU ist noch lange nicht am Ziel.** Die großen **sozialen Unterschiede** innerhalb der Europäischen Union müssen abgebaut werden, die aktuelle Struktur muss **demokratischer** werden und die Empfänglichkeit für Eingaben von Interessenverbänden reduziert werden.

Im Themenkomplex Asyl und Migration fordern wir ein gemeinsames und geschlossenes europäisches Handeln, um eine **humane Aufnahme von allen Geflüchteten** zu garantieren. Wir wollen gemeinsame europäische Sozialstandards wie einen einheitlichen Mindestlohn und mehr Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten. Wir verstehen die EU als **Wertegemeinschaft** demokratischer Rechtsstaaten, deshalb fordern wir entschiedenes Handeln und restriktive Maßnahmen der EU-Institutionen bei Verletzung dieser Grundwerte, auch in einem internationalen Rahmen. Um die EU weiter zu demokratisieren, fordern wir eine Stärkung des Europäischen Parlaments.

In der **Außenpolitik** bestehen wir auf die **Wahrung von Frieden und die Einhaltung des Völkerrechts**. Das bedeutet für uns als langfristiges Ziel eine Welt ohne Waffen, sowie die regelmäßige, kritische Hinterfragung und gegebenenfalls Prüfung von Auslandseinsätzen.

Außenpolitik findet aber nicht nur militärisch statt, sondern bedeutet auch und vor allem **globale Zusammenarbeit und internationale Solidarität**. Dies soll durch die Übernahme von Verantwortung im Sinne von Klimagerechtigkeit, Feminismus aber auch durch den **Kampf gegen die globale soziale Ungleichheit und postkoloniale Machtstrukturen** im historischen Kontext Deutschlands beziehungsweise des Globalen Südens geschehen. In diesem Zusammenhang sehen wir internationale, legitimierte Organisationen wie die UN als zentrale Instrumente, um diese Ziele zu erreichen.

## 13. Digitalisierung

Wie sehen Digitalisierung als komplexes Querschnittsthema, das **gleichermaßen Chancen und Risiken** mit sich bringt. Auf der einen Seite entstehen neue Möglichkeiten in Bereichen wie **Bürger\*innenbeteiligung, Nachhaltigkeit oder neuen Arbeitsmodellen**, die aber auch in sich selbst problematisch sein können. Zusätzlich entstehen neue Herausforderungen für den demokratischen Diskurs, das Wettbewerbsrecht sowie Daten- und Verbraucherschutz. Deshalb darf Digitalisierung kein Selbstzweck sein, sondern muss aktiv gestaltet werden.

**Digitale Beteiligung**, wie kommunalpolitische Online-Plattformen und Open Data, fördern die demokratische Teilhabe und Transparenz. Auch abseits offizieller Stellen ermöglicht ein aktiver virtueller Diskurs eine lebendige Zivilgesellschaft, sofern das Recht im Netz effektiv angewendet und durchgesetzt werden kann. Gleichzeitig ist eine aktive Medienbildung erforderlich um negativen Kommunikationseffekten wie Echokammern und zunehmender Desinformation entgegenzutreten.

Ein funktionierender **digitaler Rechtsstaat** macht eine Klarnamenpflicht oder Grundrechtseingriffe wie die Vorratsdatenspeicherung überflüssig. Dieses Ziel ist

nicht durch schärfere Gesetze und Überwachung zu erreichen. Stattdessen müssen in den **Strafverfolgungsbehörden digitale Kompetenzen** aufgebaut und klare Zuständigkeiten hergestellt werden, um bestehendes Recht effektiv durchzusetzen. Eine **automatische Gesichtserkennung** im öffentlichen Raum lehnen wir ab.

**Repräsentation** spielt gerade im IT-Bereich eine wichtige Rolle und ist gleichzeitig ein signifikantes Problemfeld. Insbesondere FINT\* Personen müssen deutlich mehr in die Gestaltung der Digitalisierung miteinbezogen werden. Dies muss mit der Schulbildung beginnen, sowohl was den Stellenwert digitaler Kompetenzen in den Lehrplänen als auch die Ausstattung der Schulen angeht. Insbesondere durch Angebote zum lebenslangen Lernen besteht die Möglichkeit allen gleichermaßen **die Teilhabe in einer digitalisierten Gesellschaft** zu ermöglichen.

Nur so kann die Reproduktion von diskriminierenden Mustern jeder Art im digitalen Raum verhindert und wo schon geschehen rückgängig gemacht werden. Eine weitere Voraussetzung hierfür ist die **Offenlegung von Algorithmen und KI-Systemen**, um eine unabhängige Überprüfung zu ermöglichen.

Das **Wegdigitalisieren von Arbeitsplätzen** aus ökonomischen Beweggründen ist nicht zielführend, wenn dabei keine Gewinne in der Lebensqualität, etwa durch eine Verminderung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, entstehen. **Übermäßige Anforderungen an Flexibilität und Erreichbarkeit** können zudem zusätzlichen Stress bei Arbeitnehmer\*innen hervorrufen. Deshalb ist es wichtig, dass technischer Fortschritt kein Selbstzweck ist, sondern immer auch anhand **sozialer Gesichtspunkte** bewertet und aktiv gestaltet wird.

Für all dies ist ein **freier, gleicher Zugang zum Internet** für alle essenziell. Dazu braucht es nicht nur einen Ausbau des Mobilfunknetzes und flächendeckende Breitbandanbindung, sondern auch eine gesetzlich verankerte Netzneutralität und ein zeitgemäßes Urheberrecht ohne Uploadfilter und Leistungsschutzrecht, aber mit fairer Vergütung für Content Creator, Journalist\*innen und Künstler\*innen sowie Freiheiten für Netzkultur.

Die Digitalisierung hat auch wirtschaftliche Implikationen. **Große Digitalkonzerne** bedrohen durch Quasi-Monopolstellungen das Marktgleichgewicht. Deshalb müssen Internetdienstleister wie Google, Amazon und Facebook staatlich reguliert und fair besteuert werden. Dafür bedarf es einem **modernen Wettbewerbs- und Kartellrecht**. Insbesondere der Zugang zu großen Datenmengen spielt hier eine wichtige Rolle, und muss durch den Staat fair geregelt werden.

Zudem stellen die Nutzung und der Handel personalisierter Daten durch Unternehmen eine Herausforderung für den Daten- und Verbraucherschutz und damit auch für die Freiheitsrechte dar. Deswegen brauchen wir **digitale Bürger\*innenrechte**, die den Verbraucher\*innen die Kontrolle über ihre Daten zurückgeben. IT-Sicherheit muss an erster Stelle stehen, aus diesem Grund lehnen wir sogenannte Staatstrojaner und

andere Maßnahmen wie etwa Chatkontrollen, welche die Ende-zu-Ende-Verschlüsselung untergraben, ab.

Die Überführung von digitaler Infrastruktur wie **sozialer Netzwerke** und Suchmaschinen in öffentliche Hand kann ein sinnvolles Mittel sein, um das Internet den wachsenden Einflüssen digitaler Großkonzerne zu entziehen und demokratischer zu gestalten. Dabei muss eine Interoperabilität zwischen den Services sichergestellt sowie der Schutz vor missbrauchendem staatlichem Zugriff gewährleistet werden.

Digitalisierung ist ressourcenintensiv. Verschwenderische Praktiken etwa im Bereich von **Kryptowährungen** oder bei der Herstellung und Instandhaltung von digitalen Geräten müssen eingedämmt werden. Ein **Recht auf Reparatur** sowie starke Standards sind hier wichtige Mittel.

Für die Umsetzung all dieser Vorhaben ist der massive Aufbau von **Digitalkompetenzen in der Verwaltung** unabdingbar. Ohne ein exzellentes Verständnis der Digitalisierung in der Verwaltung kann diese die zahlreichen notwendigen Kontroll- und Gestaltungsfunktionen nicht wahrnehmen. Explodierende Beratungskosten im digitalen Sektor müssen stattdessen für den nachhaltigen Aufbau von Expertise verwendet werden. Nur so kann die Verwaltungslast für die Bürger\*innen effektiv reduziert werden und eine Gestaltung im Sinne des Gemeinwohls erfolgen. Dieser Prozess kann nur dann demokratisch stattfinden, wenn alles was mit staatlichen Mitteln entwickelt wird auch öffentlich zugänglich ist (Open Source) und staatliche Daten, wo dies mit dem Datenschutz vereinbar ist von allen genutzt werden können (Open Data).

*Dieses politische Selbstverständnis wurde durch die Mitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Kreis Konstanz am 29.06.2022 beschlossen und ist ein Grundsatzprogramm gemäß §2.3 der Satzung. Es kann durch Beschluss der Mitgliederversammlung geändert werden.*

